

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

14.4.1923 (No. 102)

Bestandteile für April: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in unseren Ausgabestellen abgeholt monatlich 800,- frei Haus geliefert monatlich 4000,- auswärts: durch unsere Agenturen bezogen 4000,- Einzelverkaufspreis: 150,-

Karlsruher Tagblatt

Anzeigenpreise für April: die gew. Nonpareille oder deren Raum 350,- auswärts 420,- Familienanzeigen und Stellenangebote 200,- Reklamette 1100,- an erster Stelle 1200,-

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1, Postfach Nr. 9547, Karlsruhe.

Vertriebsstellen: Geschäftsstelle Nr. 202, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37, Telefon-Zentrum 428, Schriftleitung Nr. 20, Hauptverleger Nr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Chefredakteur: Hermann v. Kaer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen und lokalen Teil: Helmuth Gerhardt; für die „Pyramide“ Carl Sobo; für Anzeigen: Heinrich Schreyer, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. H. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard Fügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37, Telefon-Zentrum 428. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksaßen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Anlieferung erfolgt, wenn Porto beifügt ist. Erscheinung der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. Samstag, den 14. April 1923 Nr. 102.

Merkt dir's, Deutscher!

Was müssen wir durch den Versailler Vertrag an die Feinde liefern?

Ungefähr 560 000 Pferde, zweimal so viel, als Bayern 1914 besaß, 917 000 Stück Rindvieh, viel mehr, als Oberbayern 1920 besaß, darunter 640 000 Milchkuhe, mehr als 1/4 des ganzen Viehstandes von Bayern.

Internationale Diskussion.

Von Legationsrat Frhr. v. Rheinbaben, W. d. R.

Als ich kürzlich in London war, begannen manche Politiker ihre Unterhaltung mit mir mit den Worten: „Erwarten Sie keine Intervention Englands!“ Ich habe dann gewöhnlich entgegnet, daß weder ich selbst, noch meines Willens verantwortliche Stellen in Deutschland aus der ganzen uns bekannten Einstellung Englands heraus so etwas wie „Intervention“ erwarten, und daß ich mir die Situation im großen und ganzen vielmehr folgendermaßen vorstelle: Frankreich war nach den eigenen Worten des britischen Premierministers schon seit dem Herbst 1922 entschlossen, in die Ruhr einzubringen. Am 2. Januar 1923 hat der französische Ministerpräsident mit einem — sagen wir einmal plumpen — „Erd“ die Diskussion des vorliegenden deutschen Reparationsvorschlages dadurch verhindert, daß er die deutsche Anmeldung zur mündlichen oder schriftlichen Vorlage bzw. Begründung dieses Vorschlages als harmlose „Aufkündigung eines Besuches“ bezeichnete. Deutschland und seine Hauptreparationsgläubiger aber wissen heute, daß indes deutsche Angehörige in der Karantäne des Reiches vom 2. Januar mit Unterstützung der maßgebenden internationalen Organe, die französische Regierung wollte aber am 2. Januar 1923 schon längst überhaupt keine deutschen Vorschläge mehr; sie brach das angeblich heilige Recht des Vertrags von Versailles und tat so, was alle Welt kennt. Deutschland hatte also keine andere Wahl, als passiven Widerstand bis zum äußersten zu leisten. England hat diese Aktion von Anfang an mißbilligt; es steht noch immer beiseite, weil es einmal aus sentimentaler Einstellung heraus sich von den gemeinsamen Kriegserinnerungen noch nicht trennen will oder kann, und zweitens, weil es aus großen, von uns Deutschen nur zu ahnenden Gründen — Orientpolitik, Gefühl der militärischen Schwäche in der Luft, Ueberzeugung des vorübergehenden wirtschaftlichen Profits in der Kohle, Eisen und Stahl auf Kosten der Ruhr bzw. Deutschlands — den Zeitpunkt für aktives Eingreifen noch nicht gekommen hält. Da aber England selbst durch den Mund seiner leitenden Staatsmänner verschiedentlich das Eingreifen Englands „zum gegebenen Moment“ in Aussicht stellte, und andererseits viele neutrale Länder nicht nur, sondern gerade auch die Ententegegnen Italien und Belgien und in gewisser Weise auch die Vereinigten Staaten in dieser ganzen Zeit des Ruhrkampfes immer auf England blickten und ihrerseits abwarten, was es zu tun beabsichtigt, so schien es mir richtig, wenn möglich bald eine „internationale Diskussion“ in Form käme, in der auch Deutschland als Erbfür für die ihm bisher fast völlig verweigerte Teilnahme an Verhandlungen am Konventionellsten Gelegenheit hätte, seinen Standpunkt zur Ruhr und Rheinfrage sowohl wie zur Reparation im ganzen öffentlich und unmissverständlich darzulegen.

Das war anfangs März. Trotz einzelner Berichte ist bis vor wenigen Tagen eine wirkliche internationale Diskussion nicht in Gang gekommen. Erst jetzt hat der Besuch Loucheurs in London, sein Nachhall und seine Auswirkung das Wunder fertig gebracht, und damit ist aufs augenscheinlichste bewiesen, wie sehr alle maßgebenden Länder und nicht zuletzt Frankreich selbst eine solche Diskussion schon längst herbeigewünscht haben. Eigentümlicherweise — fast müßten wir leider sagen: nicht eigentümlicherweise — hat die deutsche Öffentlichkeit zuerst ein Eintreten in diese Diskussion überwiegend abgelehnt. Dann erfolgte das persönliche Eingreifen Dr. Stresemanns, und so kommt so etwas wie eine Diskussion nun doch auch in Deutschland in Gang, während gleichzeitig die Neuerungen des Parteiführers wiederum in dem meistinteressierten Ausland lebhaft besprochen werden. So hat zwar Herr Loucheur die neueste Diskussion ausgelöst, doch darf nicht vernein werden, daß der in Deutschland wenig beachtete, sehr beachtende vorangegangene Besuch des belgischen Außenministers in Italien und seine dortigen Gespräche mit Herrn Mussolini bereits den Anstoß dazu geliefert hatten. Vor allem aber — und das mögen wir besonders unseren Brüdern am Rhein und an der Ruhr danken — hat der fast völlige Mißerfolg Frankreichs bei seinem Versuch, das Ruhrgebiet wirtschaftlich auszubeuten

oder positiv ausgedrückt, der einmütige und geschlossene Widerstand Deutschlands, das Einsehen der „internationalen Diskussion“ veranlaßt.

Am 10. Dezember 1922 wurde Herr Poincaré, nachdem er die französische Absicht des Ruhrreindruckes proklamiert hatte, von den darüber ziemlich betretenen Ministerpräsidenten

Von der Rede Rosenbergs.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Gestern hat der Reichstagsrat des Reichstags beschlossen, am Montag und Dienstag die Besprechung des Etats des auswärtigen Amtes vorzunehmen. Es wird sich bei dieser Gelegenheit erheben, welche Stellung Reichsregierung und Parteien zur Ruhrpolitik einnehmen, wie sich diese angesichts der fortgesetzten Verluste Frankreichs, die öffentliche Meinung der Welt in seinem Sinne zu beeinflussen, für Deutschland darstellt. Reichsaussenminister von Rosenberg wird, da am Montag der Text der Rede Poincarés aus Dänischen vorliegt, Gelegenheit haben, die deutsche Antwort an Frankreich zu formulieren.

Nach den bedeutungsvollen Besprechungen, die zwischen dem Reichsfinanzler und den Vertretern der Gewerkschaften aus dem Ruhrgebiet stattgefunden haben, wird der Minister zunächst in der Lage sein, feststellen zu können, daß die Ruhrarbeiterfrage vollkommen einig ist in der Ueberzeugung, daß der passive Widerstand mit unverminderter Kraft fortgesetzt werden muß. Gewisse Divergenzen bestehen vorläufig noch zwischen der Anschauung der Reichsregierung und jener der Sozialdemokratischen Partei über die Mittel, die deutscherseits anzuwenden sind, um neben der Politik des passiven Widerstandes durch aktive Außenpolitik Verhandlungsmöglichkeiten auszunutzen oder rechtzeitig die Grundlagen für Verhandlungen zu schaffen, die den deutschen Forderungen gerecht werden.

Zurzeit schweben einsehende Besprechungen zwischen Reichsregierung und sozialdemokratischer Reichstagsfraktion, die eine Annäherung der Standpunkte erheben dürften. Auch die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei, die sich für fröhliche Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Beeinflussung der internationalen politischen Lage im Sinne Deutschlands einsetzt, dürfte nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Reichsregierung sein, die in der Rede des Außenministers zum Ausdruck kommen wird. Den Standpunkt der Deutschen Volkspartei wird der Abgeordnete Dr. Stresemann in ausführlicher Rede darlegen, während die Sozialdemokratie in ihrer aktiven Fraktionsführung beschlossen hat, die Abgeordneten Hermann Müller und Breitscheid vorzuführen.

Die Reichsregierung wird ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu richten haben, daß die Rede Poincarés nach aller Voraussicht den Beginn des französischen Frontalangriffes auf die deutsche Nervenkraft darstellen wird, und daß neben der Erklärung der Bereitwilligkeit zu Verhandlungen, die die Räumung zur Voraussetzung haben müssen, die stärkste Abwehr französischer Annahmen die Hauptrolle in der Erklärung der Reichsregierung spielen muß. Für die Mittel, mit denen die französische Politik gegen Deutschland arbeitet, ist die plötzliche scharfe Schwärzung der polnischen Politik charakteristisch. Die polnische Rede des Ministerpräsidenten Sikorski ist ohne Zweifel von Frankreich bestellte Arbeit. In Polnisch-Obergalizien gibt es, die nationalitätlichen Banden benennen den Terrorfeldzug gegen die Deutschen, gleichgültig aber bereiten der famose General Le Rond und Marcial Koch Polen. Von Osten und Westen Generalangriff; die stärkeren Kräfte werden siegen.

Weiteres Vordringen der Franzosen.

5. Essen, 13. April. (Eig. Drahtber.) Französische Kavalleriepatrouillen drangen in der Gegend von Hamm über die Grenze des besetzten Gebietes hinaus vor. Es läßt sich bisher noch nicht erkennen, ob dieser Vorstoß den Anfang eines Vormarsches über die bisherige Befatzungsgrenze hinaus darstellt.

Einstellung der Förderung.

5. Essen, 13. April. (Eig. Drahtber.) Die immer weitergehende Besetzung der Rechen und Grubenanlagen durch die Franzosen hat es notwendig gemacht, daß sich die beteiligten Arbeitnehmer wie Arbeitgeber geschlossen über Abwehrmaßnahmen einigten. Die im Einzelnen mit allen in Frage kommenden Kreisen getroffenen Maßnahmen entsprechen der bisherigen Taktik des passiven Widerstandes. Das Ziel der neuen Resolution ist, den Franzosen keinerlei Gelegenheit zu geben, außer den auf den Salzen jetzt lagernden Vorräten weitere Mengen von Kohlen und Roheisen zu erhalten.

Englands und Italiens gefragt, was er sich von dem Einmarsch in die Ruhr verprüge. Er antwortete damals: „Aufwindung brauchbarer deutscher Reparationsvorschlüsse und unabhängig davon und nebenbei die Ausbeutung des Ruhrgebietes und die Realisierung von produktiven Wändern.“ Die Welt weiß heute, daß zur Vorlage von deutschen Reparationsvorschlüssen, welche die äußerste Kraft-

Zur Verhaftung der Reichstagsabgeordneten Giesberts, Stegerwald und des Staatssekretärs Hamm.

Berlin, 13. April. (Drahtber.) Die Reichsregierung hat der französischen Regierung ein Schreiben überreichen lassen, in dem sie gegen die vorübergehende Festnahme der Abgeordneten Giesberts, Stegerwald und des Staatssekretärs Hamm protestiert. Nach Bestätigung der Vorgänge heißt es in dem Schreiben:

Der Vorfall ist ein typisches Beispiel für die rückwärtslose Willkür, mit der die französischen Truppen im Ruhrgebiet gegen Deutsche glauben vorgehen zu dürfen. Es lag hier zutage, daß die Herren Giesberts, Stegerwald und Hamm nichts anderes beabsichtigten, als durch die Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten einen Akt der Pietät zu erfüllen. Sie sind gewaltlos daran gebunden und überdies völlig weidlich geraume Zeit ihrer Freiheit beraubt worden. Daß die Anordnung der französischen Besatzungsbehörden, die den Aufenthalt der Mitglieder der Reichsregierung und der Landesregierungen im Ruhrgebiet zu verhindern will, keine rechtliche Verbindlichkeit hat, ist von der deutschen Regierung schon früher festgestellt worden. Und nicht einmal vom Standpunkt dieser Anordnung aus kann die jetzt getroffene Maßnahme gerechtfertigt werden, da den französischen Kontrollorganen sofort dargelegt worden ist, daß die Herren Giesberts und Stegerwald überhaupt nicht im Staats- und Reichsdienst stehen, und daß Staatssekretär Hamm nicht Mitglied der Reichsregierung ist. Die deutsche Regierung protestiert gegen die Behandlung der drei Herren und behält sich vor, für die ihnen angetanene Unbill Genugtuung zu verlangen.

Massenausweisungen von Eisenbahnern.

W. Frankfurt, 13. April. (Drahtber.) In Höchst am Main haben heute früh 95 Eisenbahnbedienstete den Ausweisungsbefehl erhalten. Ihre Familien müssen innerhalb von vier Tagen folgen. In Höchst am Main erhielten sämtliche Eisenbahnbedienstete den Ausweisungsbefehl, desgleichen 60 Eisenbahnbedienstete, vornehmlich Lokomotivführer, in Wiesbaden. Ihre Familien müssen bis Dienstag folgen.

Der französische Plan.

Zur französisch-belgischen Konferenz.

Paris, 13. April. (Drahtber.) Heute nachmittag hat die Konferenz der belgischen Minister Theunis und Jaspars mit dem französischen Ministerium begonnen. Der Konferenz wird allgemein große Bedeutung beigegeben. Offenbar zur Beeinflussung der Besprechungen hat heute früh der „Matin“ einen französischen Plan veröffentlicht, der, wie man annimmt, aus dem Büro der Regierung stammt. In dem Plan wird die deutsche Zwangsabgabe auf rund 40 Milliarden Goldmark festgesetzt, zahlbar in etwa zehn Jahren, davon soll Frankreich 20 Milliarden erhalten, England jährlich etwa 1/2 Milliarde Zinsen von Deutschland für Verabfolgung seiner Zinsen an Amerika. Dann heißt es:

Territoriale Garantien seien die Befestigung des Ruhrgebietes und der Rheinlande, die während der ersten 10 Jahre allmählich verringert und nach dieser Frist ein Ende finden könnte unter der Bedingung, daß die nächsten 40 Milliarden Goldmark für sofortige Reparationen durch Anleihen gedeckt würden und ein neues Regime mit einer Emisiblen Kommission gebildet werde, das der französischen Sicherheit Befriedigung gebe.

Der Völkerbund könnte sodann mit einer internationalen Polizei und einer internationalen Eisenbahnpolizei einreifen, jedoch würden einige strategische Punkte in den Händen der Alliierten bleiben müssen.

Das seien, so sagt das Blatt, die großen Linien eines Planes, von dem gewisse Einzelheiten noch ungenau seien. Der „Matin“ glaubt, behaupten zu können, es sei nicht, daß dieser Plan auf den ersten Anstoß bei Bonar Law und seinen Mitarbeitern Anstoß erregt habe. Man sehe darum nicht ein, warum er nicht die Billigung der belgischen Minister finden werde.

anstrengung Deutschlands enthielten, der Ruhr einmarsch nicht nötig war, und daß er vielmehr die deutsche Fähigkeit, in Zukunft Reparationsvorschlüsse zu machen, nicht zuletzt zum Schaden von Frankreich erheblich vermindert hat. Die Welt weiß heute ferner, daß auch die zweite Absicht Poincarés hinsichtlich der Ausbeutung des Ruhrgebietes kläglich scheitert ist, und daß eine Fortsetzung der französischen Aktion zwar weitere Zerstörung und Vernichtung großer wirtschaftlicher Werte herbeiführen könnte, daß aber mit jedem Tag mehr die Fähigkeit Deutschlands für künftige Zahlungen vermindert wird. So kommt es, daß jetzt plötzlich gewisse große Zeitungen in Frankreich, die Herrn Loucheur nahestehen und wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund schieben, geschrieben haben: „Es wird Zeit, die alten diplomatischen Pläne in die Schublade zu tun und neue Ideen für ein deutsch-französisches Zusammenarbeiten und für Wiederaufbau Europas zur Wirkung zu bringen.“

Was folgt aus allem für uns? Die öffentliche Meinung ist durch rechtzeitiges Eingreifen davor bewahrt worden, in der nun nicht mehr aufzuhaltenden Diskussion von vornherein draußen zu stehen. Denn bei dem Loucheurbesuch und seinen Folgen sind deutlich unterschieden werden einmal das Grundfähliche, d. h. die vorher erwähnte Verbindlichkeit für alle Beteiligten, die großen Fragen öffentlich bis zu einem gewissen Grade zu klären, um wenigstens für die Zukunft so plumpe Täuschungsverfälschungen, wie sie Herr Poincaré am 2. Januar 1923 vorgenommen hat, auszuschließen. Deutschland hat sich wiederholt zu allgemeinen Verhandlungen bereit erklärt, aber solche Verhandlungen sind noch nicht in Sicht, und so bleibt auch für Deutschland nur das Mittel einer „internationalen Diskussion“ übrig, um zu verhindern, daß ganze Völker sowohl über Deutschlands bisherige Leistungen, wie über die Möglichkeit künftiger Zahlungen und vor allem hinsichtlich seines unüberwindlichen Bundes, durch Arbeit wieder zum freien Volk zu werden, betrogen werden. Soweit das Grundfähliche, es kann und darf nie und nimmer ausbleiben, daß wir innerhalb dieser allgemeinen Einstellung die nach wie vor unumgänglichen Forderungen Frankreichs hinsichtlich der Höhe der geforderten Reparationssumme und hinsichtlich der Zukunft des Rheinlandes mit sachlichen und tatsächlichen Gründen bekämpfen. Wir müssen das schon aus dem Grunde tun, damit nicht auf der Gegenseite wieder wie bei früheren Gelegenheiten falsche Vorstellungen entstehen und die anderen Deutschlands Schwestern dahin ausdeuten, daß wir doch eines Tages wieder das zuerst als unmaßlich bezeichnete durch Vertragsunterschrift bekräftigen werden.

So schlaue ich vor, daß wir deutscherseits in der Diskussion die Forderung voranzustellen, daß deutscher Boden deutsch bleibt, daß die fernen Sicherungen des Versailler Vertrages aufrecht erhalten werden im Sinne der Unantastbarkeit deutschen Bodens und der Souveränität auch im Westen des Reiches, und daß wir von diesen Voraussetzungen aus bereit sind, über die „Sicherheit Frankreichs“ und die „Entmilitarisierung der Rheinzone“ zu sprechen, wobei wir von vornherein auf die Notwendigkeit hinweisen, in Zukunft auch für Deutschland Sicherheit gegen militärische Einbrüche Frankreichs zu erhalten. Bezüglich der Höhe der Reparationszahlungen stellen wir fest, daß auch der englische Plan vom 2. Januar d. J. trotz aller bedrückenden und für uns zu hohen Kosten die Wiederherstellung der Kreditfähigkeit Deutschlands in den Vordergrund gerückt hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß das überhaupt nur dann der Fall sein kann, wenn die Ruhr von Frankreich geräumt sein wird. Daß wir dabei Frankreich gegenüber gewisse besondere Notwendigkeiten anerkennen müssen, ist uns gegenwärtig. Auf die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen innerhalb unserer Kriegsgegner haben wir keinen Einfluß, aber mit Recht betonen wir allen angehörigen Plänen gegenüber die deutsche Grundforderung des Versailler Vertrages: „Ausgangspunkt muß die deutsche Leistungsfähigkeit sein.“ Nach man jense drei Forderungen Frankreichs auf sofortige, möglichst hohe Barzahlungen, Englands auf Wiederherstellung des deutschen Kredites und Deutschlands in Bezug auf Berücksichtigung seiner Leistungsfähigkeit zusammen, dann kommt man dazu, die Lösung der Reparationsfrage darin zu sehen, daß Deutschland durch Räumung des Ruhrgebietes wieder kreditfähig gemacht wird, daß endlich der Verlust eines möglichst hohen sofortigen auswärtigen Kredites in Verbindung mit einem Moratorium gemacht wird, von dem Frankreich möglichst viel erhält, und daß schließlich die in letzter Zeit sowohl seitens des amerikanischen Staatssekretärs, wie auch von anderer und nicht zuletzt von deutscher Seite immer wieder empfohlene Verfolgung internationaler Sachverständiger eine Entscheidung darüber trifft, was von den bisherigen Leistungen Deutschlands als Reparation bereits erkannt werden muß und was neben der Rückzahlung des erwähnten, sofort aufzunehmenden ersten großen Kredites Deutschland außerdem

nach seiner wirklichen Leistungsfähigkeit noch zu achten in der Lage ist.

In diesem Sinne sollte nach meiner Ansicht sich die deutsche öffentliche Meinung sofort allgemein und beunnen an der „internationalen Diskussion“ beteiligen. Ob dies endlich den Weg zur Lösung zeigen wird, steht dahin, ebenso auch, ob auch das über den Mißerfolg der Ruhraktion nach den Plänen Voicars belehrte Frankreich immer noch die Reparation nur vorschreibt, um bei Fortsetzung unendlicher Leistungen die Handhabe zu Deutschlands Verträglichkeit zu haben. Ist das so, dann wird unser Eingehen auf die letzte internationale Diskussion den schwereren Weg, den wir dann zu gehen haben, nicht verschütten — vielleicht sogar einige Hindernisse auf ihm fortträumen!

Aus dem badischen Einbruchsgelbiet.

Beschlagnahme von Saatartikeln und Futtermitteln durch die Franzosen.

1. Mannheim, 13. April. Beim Lagerhaus des Badischen Bauernvereins in Rheinau, das in der Nähe des besetzten Hafengleises in Rheinau liegt, beschlagnahmten die Franzosen, trotzdem der Zufahrtsweg zum Lagerhaus nach einer ausdrücklichen Erklärung der Franzosen als neutrales Gebiet betrachtet wird, zwei Wagen mit Saatartikeln und Futtermitteln, und forderten die Wagenführer der Fuhrwerke auf, zu der französischen Zollstelle bei der Sunlicht-Seifenfabrik zu fahren. Dort wurde den Besitzern der Fuhrwerke erlaubt, ihre Tiere abzulassen.

In dem vorgestern besetzten Haus in der Sauerstraße, in dem sich die Geschäftsräume des deutschen Verkehrsverbandes befinden, haben sich die Franzosen in den beiden Büroräumen einquartiert. Das größere Zimmer ist mit 20 Soldaten besetzt, die Strohstücke hingehängt haben, während in den kleineren Räumen sich zwei Offiziere eingerichtet haben. Die durch eine Denunziation veranlaßte Hofmama, dort Wägen und Lohngehälter der streikenden Rheinischer Beschlagnahmen zu können, hat sich als eitel erwiesen.

Erschwerung des Fuhrverkehrs.

Mannheim, 13. April. Aus Ludwigshafen wird berichtet: Seit heute vormittag 7.30 Uhr werden vor dem französischen Zollamt an der Rheinbrücke die Fuhrwerke angehalten. Soweit wir bisher in Erfahrung bringen konnten, wird mit dieser Maßnahme eine Verschärfung der Zollsperrung bezweckt. Während bisher nur von der Ladung der Fuhrwerke eine Abgabe verlangt wurde, müssen nun die Wagenführer eine Bescheinigung über die Hinterlegung einer Kaution in ziemlich hohem Betrage (wahrscheinlich zehn Prozent vom Werte des Wagens) abgeben. Diese Verfügung trifft die aus der Pfalz über die Rheinbrücke nach der badischen Seite gehenden Gefährte. Die in Ludwigshafen einkehrenden Wagen dagegen müssen sich in ein Verzeichnis eintragen lassen. Der Kautionsschein soll ein Vierteljahr gelten.

Aus dem Offenburger Gebiet.

Wie wir erfahren, ist die Auflösung der Krümmung in der Gegend der badischen Regierung erfolgt, um der französischen Besatzungsbehörde zuvorkommen. Die Staatsanwaltschaft in Offenburger hat aber einen Protest an die Besatzungsbehörde gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß es sich bei dieser Hebung nicht um eine Postzollbehörde handelt. Gestern wurde der vierte Aufseher des Amtsgeschäftes festgenommen, weil er die Einlieferung eines deutschen Beamten verweigerte. Er wurde nach einem Verhör auf der Kommandantur wieder freigelassen, während der andere verhaftete Aufseher nach Keßl abgehoben wurde.

Die Franzosen verbreiten in der Stadt Flugblätter und Plakate, in denen sie die Schuld für die Eingriffe in das deutsche Privateigentum den Deutschen selbst zuschieben und die gebeten Mißhandlungen von Einwohnern ablehnen. Die Übergriffe seien von verdächtigen Deutschen erfolgt, die bereits festgesetzt und dem Richter angeführt worden seien. Die Franzosen würden die Freiheit und das Eigentum der Bevölkerung in jeder Weise achten. Durch Verbot

Der Wunsch des Sonntagfindes.

Langsam und schwerfällig, denn einer der jüngsten war er nicht, erhob sich der Wurzel-Sepp von seinem amnestigen Lager. Es war ein klarer Winter Sonntag, an seinem Geburtstag, der ihm als Sonntagfind, just wieder an einem Sonntag, ward. Abgesehen davon, daß heute der Tag des Herrn war, hätte ihn auch sonst eine besondere Tätigkeit nicht erwartet, denn vorzugsweise beschäftigte er sich mit Ein sammeln von Kräutern und Wurzeln für die in der nahen Kreisstadt befindlichen Apotheken, und zu dieser Beschäftigung war der Winter nicht geeignet.

Längst schon hatte der Ortsvorsteher ihm nahegelegt, seine Unterbringung in einem Altershöl zu beantragen, aber unferem guten Sepp graute es vor dem Begraben sein hinter Mauern und dem Zwange der Unterordnung und Befolgung von Hausregeln, die ihn dort erwarteten. Sein ungehobenes Leben wollte er unter keinen Umständen preisgeben.

Als er nun heute am Ortsende seine gelegene Hütte verließ, begab er sich auf Umwegen, um nicht in Sichtweite des Försterhauses zu kommen, nach seinem geliebten Waldrevier, von dem er heute, an seinem Geburtstag, ein ganz besonderes Geschenk in Gestalt eines saftigen Bretens erwartete.

Bald nahm ihn der tief verschneite Wald an; mühsam stampfte er durch den fuhohen Schnee nach einer feilen Bergeshalbe, wo mitten im Hochwalde an verborgener Stelle Sepp dem Weidwerk oblag. Allerdings nicht in weibgerechtem Sinne und in Widerspruch mit den geschriebenen Gesetzen.

Reuend blieb er stehen, der steile Aufstieg war

des Kommandanten des Brückenpostens Keßl ist der „Kriegsbote“ in Gegenwart auf 14 Tage im besetzten Gebiet verboten worden.

Die Not der Pfalz.

Ludwigshafen, 13. April. Verhaftet wurden heute früh die Organisationsführer Hagemann vom Deutschen Eisenbahnerverband, Oberlotomotivführer Fischer von der Reichsgewerkschaft und die Betriebsratsmitglieder Bongert und Auf. Bei Bezirkssekretär Gutting des Bayerischen Eisenbahnerverbandes wurde in seiner Abwesenheit Hausdurchsuchung gehalten. Die Familie Gutting erhielt Ausweisungsbefehl mit drei Tagen Frist. Die Frau des Bongert wurde zur Entgegennahme des Ausweisungsbefehles vorgeladen. Ausgewiesen wurden ferner Regierungsrat Dr. Kronheimer, Regierungsaurat Winger, Eisenbahnspektor Maß und Eisenbahningeneur Stöcking. Die verhafteten Organisationsvertreter Hagemann und Fischer und die Betriebsratsmitglieder Bongert und Auf sind wieder freigelassen und sofort ausgewiesen worden.

Die Meldung, daß die Ausweisung des vom Sterbedeckel seiner Frau weg ausgewiesenen Eisenbahnspektors Peter wieder zurückgenommen worden sei, hat sich als unrichtig herausgestellt. Die Ausweisung bleibt vielmehr aufrecht erhalten.

Infolge besonderer Schwierigkeiten mußte die Annahme von Paketen nach dem allbesten Gebiete vorläufig eingestellt werden. In der Beförderung der Pakete innerhalb der Pfalz und aus dem Reichsrheinischen tritt keine Änderung ein.

In der „Speyerer Zeitung“ hatte ein gewisser Fein (offenbar Franzose oder Elsäffer) auf den 11. April vormittags 11 Uhr, eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung einberufen: 1. Wiederaufnahme der Arbeit; 2. Mahregeln von Seiten der französischen Eisenbahnbehörden zur Aufnahme der Arbeit; 3. Gebaltsfrage. Zu der Versammlung waren erschienen der Einberufer und zwei französische Gendarmen. Das Publikum, das sich in den Nebensalen befand, wurde (offenbar wegen „ungeziemlichen“ Benehmens) von dem Einberufer aufgeschrieben.

Wie dem „Rheinischer“ zuverlässig mitgeteilt wird, ist die Schiffsbrücke über den Rhein bei Germersheim bis einschließlich heute für den gesamten Verkehr von der französischen Besatzungsbehörde gesperrt worden. Die Sperre ist vermutlich ebenso wie die Nachverkehrsperre von Germersheim Repressalie für den angeblichen Ueberfall auf einen Posten auf der Brücke.

Von Marokkanern erschoten.

Frankfurt, 13. April. Nach Blättermeldungen aus Wiesbaden verlangen drei betrunkenen Marokkaner in einer Wirtschaft am Römerberg Alkohol, der ihnen verweigert wurde. Sie bedrohten den Wirt und die anwesenden Gäste mit ihren Seitengewehren. Als sie von einem Schutzmann und zwei Offizieren verhaftet werden sollten, schossen die Soldaten wild um sich, wobei ein 15jähriger Buchdruckerlehrling namens Fritz durch einen Stich verletzt wurde.

Auch Tote werden ausgewiesen.

Berlin, 13. April. Mit welcher Leichtfertigkeit die franz. Behörden ihre Ausweisungsbefehle erlassen, illustriert die Tatsache, daß auch ein Toter ausgewiesen wurde. In Sonnenberg bei Wiesbaden erlitten in der Wohnung eines vor 2 Jahren verstorbenen Majors a. D. ein französischer Gendarm, um ihn festzunehmen und über die Grenze des besetzten Gebietes zu schaffen. Auf die Mitteilung, daß Major v. Schmidt bereits tot sei, zog der Gendarm wieder ab.

Englische Urteile über den weißen Terror.

London, 13. April. Die Vertreter der „Times“ und des „Daily Chronicle“ senden ausführliche Berichte über die Verhinderung des Terrorismus im Rhein- und Ruhrgebiet und über die Verhaftung farbiger gegen die ausgetriebenen Familien der Eisenbahner. Der Vertreter der „Times“ glaubt diesen Versuch, zu einer baldigen Beendigung des Konflikts durch erhöhten Terror zu gelangen, auf die Rechnung Belgiens und Italiens setzen zu dürfen, wegen der Schädigung, die die Fortdauer des Kampfes dem belgischen Handel verurteilt.

Annahme des Grund- und Gewerbesteuergesetzes.

Karlsruhe, 13. April. Der Landtag hat heute abend nach zweitägiger Beratung die Aenderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes in erster Lesung angenommen.

In der Freitag vormittag fortgesetzten Beratung des Gesetzentwurfes über die Aenderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes führte Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) aus: Nicht alle Volksteile sind gewillt, aus dem für Deutschland verlorenen Kriege für ihre Lebenshaltung die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Die neuen Steuern, die jetzt Gewerbe und Landwirtschaft auferlegt werden, werden zum Teil wieder auf den Konsum abgewälzt. (Widerspruch beim Landbund.) Den mittleren und kleinen Landwirten und Gewerbetreibenden kommt das Gesetz entgegen. Das Gesetz darf nicht zu einer Sache der Agitation gemacht werden. Den Wunsch der Gemeinden, ihnen besondere Gewerbesteuerarten zu überlassen, konnten wir nicht erfüllen. Ob wir mit der Novelle immer den richtigen Weg gefunden haben, steht noch dahin. Auf jeden Fall aber haben wir ein Werk geschaffen, das eine steuerliche Belastung für die Kreise bringt, die sie tragen können, damit dem Bedarf der Staaten in den dringenden Fällen entsprochen werden kann. Wir erfüllen damit eine Pflicht gegenüber dem Staatsganzen.

Abg. Freudenberg (Dem.): Das vor zwei Jahren in Kraft gesetzte Gesetz war kein Sprung ins Dunkle, wie Dr. Zehnter damals sagte. Wir haben mit dem Gesetz erreicht, was erreicht werden kann, nämlich daß die Belastung der verschiedenen Vermögensarten nicht zu Gunsten oder Ungunsten einer Vermögensart verhooben worden ist mit Ausnahme des Hausbesitzes, den wir schon damals wesentlich belastet haben, weil dieser auf andere Art schwer belastet wird. Die Landwirtschaft wird für ihre Produktion freis Ablass finden, während es für Gewerbe und Industrie fraglich ist, ob sie in der Lage sind, den Ablass und die Abgabebelastung zu ertragen oder zu erweitern. Nur die Fassung des Absatzes 3 des Paragraphen 13 (Berücksichtigung des Ertrages) war in der Fassung des Gesetzes vom Jahre 1921 ein Sprung ins Dunkle, denn damals konnte man die in den folgenden Monaten schon einsehende große Geldentwertung nicht voraussehen. Solange die Geldentwertung fortschreitet, muß man auf den Absatz 3 des Paragraphen 13 verzichten. Wenn wir aber wieder ruhige wirtschaftliche Zeiten bekommen, Zeiten eines stetigen Geldwertes, dann ist eine Vermehrung der Steuerlast nach dem Ertrag als die einzig richtige Grundlage für jegliche steuerliche Belastung am Platze. In den nächsten Wochen bei dem Zusammentreffen der verschiedenen Steuerzahlungen werden Fälle eintreten, wo die Steuerpflichtigen ihren hohen Steuerpflichtigen nicht mehr in vollem Umfange werden nachkommen können. Bei den heutigen Geschäftslagen und Abschätzungen auf allen Gebieten, bei dem Kapitalmangel werden Zahlungsschwierigkeiten eintreten, wie wir sie bislang noch nicht gekannt haben. Bei diesem Zusammentreffen so ungeheurer Schwierigkeiten werden die Landesfinanzämter gezwungen sein, von ihrem Recht der Stundung in weitem Umfange Gebrauch zu machen, um das große Unglück nach Möglichkeit zu verringern. In den Gemeinden haben wir das Vertrauen, daß sie die ihnen durch das Gesetz gegebene Bewegungsfreiheit in der richtigen Weise ausüben. Redner wandte sich dann weiterhin gegen den Vorwurf des Abg. Matthes (D.V.), der behauptet hatte, der Gesetzentwurf sei flüchtig und oberflächlich behandelt worden.

Finanzminister Adler

stellte fest, die Ansicht sei unrichtig, als ob in diesem Gesetz ein neuer Steuerbedarf gefordert werden sollte. Die Schwierigkeiten, in denen sich unser Erwerbsleben befindet, sind uns wohl bekannt, wir haben deshalb bei dem neuen Gesetzentwurf auch volle Dehnbarkeit walten lassen. In den Verhandlungen ist ein Spiel mit Zahlen getrieben worden, vor dem ich warnen muß. Abg. Rüdert erklärte, die Festbesoldeten würden 92 Prozent der Einkommensteuer zahlen und Abg. Dr. Matthes erklärte demgegenüber, die Festbesoldeten würden nur 18 Prozent bezahlen. In beiden Fällen ist die Geldentwertung außer Acht gelassen worden. Es ist nicht

angängig, wenn man solche Zahlen in das Land hinauswürgelt. Landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebsvermögen können nicht voneinander getrennt werden. Die Finanzämter werden in den nächsten Wochen eine ungeheure Arbeit zu erledigen haben, deshalb dürfen wir die Steuererlasse nicht noch mehr komplizieren. Gerecht werden die Dinge abhandelt werden, aber bei einem schuldhaften Verstoß gegen das Gesetz muß der ganze Streifen eingezogen werden. Der Betrag von vier Milliarden, den wir aus der Grund- und Gewerbesteuer für die badischen Finanzen herausholen, ist immerhin so wichtig, daß diese Steuer mit der Reichsteuer veranlagt werden muß, damit wir möglichst schnell in den Besitz der Gelder kommen.

Abg. Bod (Komm.) erklärte, er könne den Bestimmungen zustimmen, die dahin gehen, den Besitz schärfer zu erfassen. Da das Gesetz aber im übrigen nicht verhindern könne, daß die Armen weiterbesteuert würden, so müsse er die gesamte Vorlage ablehnen.

Abg. Dr. Matthes (D. Vp.) erklärte, daß die Deutsche Volkspartei sich keinen Mangel an Verantwortungsfähigkeit nachhagen lasse. Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Ansprache wurde mit 29 gegen 22 Stimmen angenommen; Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten stimmten für den Antrag. Um 11 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Nachmittags-Sitzung.

In der die um 4 Uhr begann, wurde die Einzelberatung des Grund- und Gewerbesteuererlasses fortgesetzt.

Abstimmung

wurden verschiedene Abänderungsanträge zum Steuererz, die vom Landbund und der Deutschen Volkspartei, sowie der Deutschen Nationalen Volkspartei eingebracht worden sind, abgelehnt und der Steuererz in der vom Haushaltsausschuß festgesetzten Höhe mit Mehrheit angenommen. Danach wird der Steuererz für die verschiedenen Steuerwerte in folgendem Verhältnis der Steuererhebung zugrunde gelegt:

Beim gewerblichen und land- oder forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen einfach, bei Gebäuden zweifach, bei einzelgewerblichen Grundstücken und bei Bergwerkseigentum vierfach, beim Wald, bei klassifizierten und dicker gleichbehandelnden Grundstücken und bei einzeln geschätzten Hofstätten einfach.

Der Antrag Dr. Matthes (D. V.) und Genossen, den Absatz 3 zu § 13 (Härteparagraf) wieder in das Gesetz einzufügen, wurde abgelehnt und der Antrag des Haushaltsausschusses, den bisher im Gesetz bestehenden 3. Absatz des § 13 zu streichen, mit Mehrheit angenommen.

Bei § 50 des Gesetzes erhielt ein Antrag der Abg. Dr. Schöfer (Ztr.), Dr. Gledner (Dem.) und Marum (Zos.) nachfolgende Fassung:

Der nach § 40 festgesetzte Steuerwert des gewerblichen Betriebsvermögens oder des land- oder forstwirtschaftlichen Betriebsvermögens bleibt steuerfrei, wenn es 200 000 Mk. nicht übersteigt.

Uebersteigt der Steuerwert des Betriebsvermögens 200 000 Mk., so ermäßigt er sich, wenn der Steuerwert höchstens 500 000 Mk. beträgt um 50 v. H., bei einer Million um 40 v. H., bei 2 Millionen um 30 v. H., bei 3 Millionen um 20 v. H. und bei 4 Millionen um 10 v. H.

Der Steuerwert erhöht sich, wenn der Steuerwert 5-10 Millionen Mk. beträgt, um 5 v. H., von 10-20 Millionen um 10 v. H., bei 20-30 Millionen um 15 v. H., bei 30-40 Millionen um 20 v. H., bei 40-50 Millionen um 25 v. H., bei 50-60 Millionen um 30 v. H., bei 60-80 Millionen um 35 v. H. und bei 80 und mehr Millionen um 40 v. H.

Die hierzu vorliegenden Abänderungsanträge wurden abgelehnt und der § 50 darauf einstimmig angenommen.

Weiter wurde einstimmig angenommen der § 51 Abs. 2, der folgende Fassung erhält: Jeder Steuerpflichtige, der bereits zur Steuer vom Gewerbebetrieb veranlagt ist, hat jährlich eine Steuererklärung abzugeben, wenn der bis-

ihn doch sehr schwer gefallen, doch seine Ausdauer wurde auch belohnt, als er in einer seiner kunstvollen Schlingen, die er da gelegt, richtig ein armes Opfer in Gestalt eines Rehens entdeckte. Vorsichtig äugte und horchte er nach allen Himmelsrichtungen, allein kein Laut ließ sich vernehmen als das Gelächter der Gloden in den Dörfern, die zur Andacht riefen. Er kniete auf den verschneiten Boden nieder, um sein Geburtstagsgeschenk aus der Schlinge zu lösen, als er zu seinem tiefsten Entsetzen und jähen Schreck plötzlich eine Hand auf seiner Schulter verspürte.

Langsam nur wendete er den Kopf, denn er erwartete niemand anders als seinen größten Widersacher, den Förster, und war höchlich erstaunt, eine andere Persönlichkeit, und zwar von recht ungewöhnlichem Äußeren vor sich zu haben.

Ein hochgeborener Mann, der die Reize des Mannesalters schon überschritten, stand vor ihm, bekleidet mit einem langen grauen Mantel. Fast schien es ihm, als ob das feinere Bildnis des Apostel Paulus von seinem Postament in der Dorfkirche herabgestiegen sei.

Gütig ruheten die Augen des seltsamen Mannes auf dem Wildrevier, und gütig waren auch die Worte, die er sprach.

Stotternd, noch ganz im Banne der Überraschung und des Schreckens, richtete Sepp die Frage an den Fremdling, wer er sei.

„So ganz einfach ist diese Beantwortung nicht“, erwiderte der Angeredete, „das kommt darauf an, in welcher Seelenstimmung die Menschen sind, die ich besuche. Vielleicht der Wahrheit am nächsten kamen die alten Griechen, wenn sie mich Panjanias, den Sorgenlöser, nannten. Als Sorgenlöser komme

ich auch zu Dir; heute, an Deinem Geburtstag, am Sonntag, als Sonntagfind, hast Du das Recht auf Erfüllung eines Wunsches, aber wohlverstanden nur eines einzigen. Nun gehe weiter mit Dir zu Rate.“

„Du hatte die Mutter den Sepp in den Märchen auf die meist törichtesten Wünsche der Menschenkinder hingewiesen, wenn eine gültige Fee ihnen genaht war. Er wollte nun nichts Dummes wünschen. Ein einziger Wunsch stand ihm zu, der mußte natürlich alle Wünsche in sich schließen, und so lautete die Antwort des Sepp: „Laß mich fürderhin wunschlos sein!“

„Den kann ich Dir gewähren“, lautete die Antwort, und etwas zögernd legte Sepp seine Rechte in die dargebotene Hand. Wie harmonisch doch die Kirchenglocken klingen, empfand Sepp in diesem Augenblick, und in welcher wunderbarem, von Diamanten übersäten Dom befände ich mich, war der Eindruck, den der winterliche Wald zum ersten Male in seinem Leben auf ihn machte. Mit Witzesinnelle lief sein ganzes armseliges Leben in unendlicher Klarheit zurück. Schlicht sah er sich, tren behütet von Mutterhand, in die Dorfkirche zur Christmette trüppeln, dann verließ ihn das Bewußtsein.

Aufmerksam gemacht durch den hellen Standlaut seines braven Stöberhundes, fand am nächsten Morgen der Förster den Wildrevier neben seinem Opfer, brumnte etwas vor Schicksal erreichen in den besten Part, und mit wichtiger Amtsmiene stellte der Dorfbeder in seiner Eigenschaft als Leichenschauer fest: Herzschlag. Denn was wußten die beiden Amtsmenschen von dem Wunschrecht des Sonntagfindes und von Panjanias, dem großen Sorgenlöser.

Rocco.

Theater und Musik

Der erste Kongress der Deutschen Musikgesellschaft wird vom 15. bis 20. Oktober d. J. in Leipzig stattfinden. Geplant sind: Opernaufführungen, je ein Opernhaus, Kirchen- und Kammerkonzert und eine Motette in der Thomaskirche, Vorträge allgemeiner musikwissenschaftlicher Charakteres, musikwissenschaftliche Sektionsitzungen und Besichtigungen.

Die Händeloperfestspiele Göttingen bringen vom 4. bis 16. Juli folgende Opern Händels in der Bearbeitung O. Hagens zu wiederholter Aufführung: „Adelinde“ (neu bearbeitet), „Julius Caesar“, „Otto und Theophano“.

Kunst und Wissenschaft

Die diesjährige Versammlung der Deutschen Anatomischen Gesellschaft findet in Heidelberg vom 23. bis 26. April statt. Es liegen bereits zahlreiche Anmeldungen auch aus dem freundschaftlichen Ausland vor.

Bekanntmachung der Einleitenden Theorie. Die aus Toronto amebert wird, befähigen die von der kanadischen wissenschaftlichen Expedition gemachten Beobachtungen der Sonnenfinsternis am 21. September 1922 die Voraussetzungen aus der Einleitenden Theorie. Vor allem ist, wie der Leiter der Expedition hervorhebt, die scheinbare Verlagerung der Sterne, die auf Grund der Theorie vorausgesehen war, tatsächlich beobachtet worden. Die Größe der Verlagerung rechnet überein. (Voss. Stg.)

Berliner Kursbericht

Table with columns for various stock categories like 'Versch. festverzinsliche Werte', 'Eisenbahn-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Schiffahrts-Werte'.

Table listing various companies and their stock prices, including 'Bl.-Gub. Hatt.', 'Holz-Kont.', 'Maschinen', etc.

Table listing various companies and their stock prices, including 'Hannov. Wagz.', 'Harb. Wien G.', 'Harburger Eis.', etc.

Table listing various companies and their stock prices, including 'Lindström', 'Linke Hofm.', 'Lingner Werk.', etc.

Table listing various companies and their stock prices, including 'Union Chem. St.', 'Unionw. Masch.', 'Unterh. Spinn.', etc.

Zur Aufklärung! Brennstoffversorgung

Zur Aufklärung der Verbraucher bemerken wir zu der Bekanntmachung des Oberbürgermeisters vom 6. ds. Mts., betr. „Brennstoffversorgung“

Franz Haniel & Cie., G. m. b. H. Kohlen- und Kleinhandlung, Zweigstelle Karlsruhe, Kaiserstraße 231.

Grundbesitz betreffend. Im Monat März 1923 wurden folgende Gegenstände auf dem Grundbüro abgeteilt:

Reinigung der Wasserrohrstränge. Vom Montag, den 16. April 23 ab wird die mechanische Reinigung der Wasserrohrstränge in der Reichstadt...

Stenographie-Kurse für Anfänger, Redefähigkeit und Wiederholung finden statt:

Das Bankhaus Veit L. Homburger Karlsruhe

Schulbeginn.

Das Schuljahr 1923/24 beginnt für die Karlsruher Volksschule am Montag, den 16. April d. J.

Das Volksschulrektoraat.

Fortbildungsunterricht. Die Eltern oder deren Stellvertreter, die Arbeits- und Vorkursisten sind nach § 10 des Gesetzes vom 10. Juli 1918 verpflichtet...

Abrechnungsformulare

Für die gefällige Miets- und haben in der Geschäftsstelle des Grund- und Hausbesitzervereins...

Albert Bexauer Sonntag 10 Uhr, Böhlfeld, Ritterstr. 7 „Entweder — oder“

Advertisement for 'Neuheiten in Damen-Hüten' by L. Ph. Wilhelm, featuring 'Leder-Hüte' and 'Sportmodelle'.

Advertisement for 'Colosseum Sandbichlers Bauerntheater' with the play 'Brave Lumpen' on Monday and Tuesday.

Advertisement for 'Katholischer Frauenbund' with a meeting on Monday, April 16th.

Advertisement for 'NACH SUDAMERIKA' featuring a ship and travel services.

Advertisement for 'DEUTSCHE PASSAGIERDAMPFER' with travel information to Hamburg.

Advertisement for 'Tüchmar' featuring 'Wald Heil' and 'Fuld' products.

Advertisement for 'Karlsh. Liederkranz' featuring a 'Fuld' pig and 'Fuldischer Abend'.

Advertisement for 'Herrn Dr. Eugen Blattner' at Westendstraße 38.

Advertisement for 'Dr. Ernst Körner' at Westendstraße 38.

Advertisement for 'Zum Rheingold' restaurant at Waldhorstraße 22.

Advertisement for 'Zum Blumenfels' restaurant at Ecke Blumen- und Bürgerstraße.

Advertisement for 'Resi-Lichtspiele' at Waldstraße 30.

Advertisement for 'Badisches Landestheater' at Sperrstraße 1.

Aus dem Stadtkreise

Geistlicher Rat Stadtdekan August Vint ist gestern abend 1/8 Uhr nach längerem Leiden gestorben. Er war geboren im Jahre 1870 zu Heidelberg.

Schulanfang. Das neue Schuljahr 1923/24 beginnt für die hiesigen Volks-, Fortbildungs- und Sophienklassen am Montag, den 16. d. M.

Vom Güterverkehr. Es wird daran erinnert, daß der Güterverkehr nach und von der Schweiz über die badisch-schweizerischen Uebergänge...

Vom Landgericht. Gleichzeitig mit dem Dienstantritt des neuen Landgerichtspräsidenten sind am 1. April 1923 am Landgericht einige organisatorische Veränderungen eingetreten.

Weserverkehr nach Frankfurt. Mit Rücksicht auf den zu erwartenden starken Verkehr anlässlich des Beginns der Frankfurter Messe...

Spende für Pensionäre. Unserem Künstler-Gespann bitten wir es dank seinem tatkräftigen Eintreten für die in steter, arger Bedrängnis lebenden Pensionäre des Bad. Landesbühnenvereins...

Das Schreibmaschinen-Wettbewerbsschreiben um die Meisterhaftigkeit von Deutschland anlässlich der Allgemeinen Büro-Ausstellung vom 26. April bis 6. Mai im Berliner Sportpalast ist für jeden...

Wettbewerb. Siedelung an der Alb. Die Stadt Karlsruhe hat zur Erlangung von Entwürfen für eine Siedelung an der Alb unter den in Karlsruhe wohnhaften und gleichzeitig hauptberuflich tätigen Bauachtmännern einen öffentlichen Wettbewerb veranstaltet.

Standesbuch-Auszüge. Todesfälle. 11. April: Fräulein E. Lerner, Kontrolleur, Chemnitz, alt 60 Jahre. — 12. April: Anna, alt 1 Jahr 3 Monate 1 Tag, Vater Fritz Ritterer, Maurer, Emma Lippert, Fabrikarbeiterin, alt 17 Jahre; Viktoria Kubu, alt 47 Jahre, Ehefrau des Wöbelschneiders Albert Kubu.

Architekten Messing und Leubert. Die Entwürfe sind in der Zeit vom Sonntag, den 15. April 1923 bis einschließlich Sonntag, den 22. April 1923 jeweils von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, im kleinen Festsaal (Eingang Ostseite) zur Besichtigung öffentlich ausgestellt.

Zur Beschädigung der Stützfiguren im Schloßgarten. Nachdem erst vor kurzem die feierliche in gewöhnlicher Verkleidung verkleideten beiden Stützfiguren im hiesigen Schloßgarten mit großen Kosten instand gesetzt worden waren, ist in den letzten Tagen wieder die eine Figur beschädigt worden.

Freiwillige Feuerwehr. Nachdem anlässlich der Generalversammlung der Feuerwehrgesellschaft des Korps durch Unterzeichnung der Reserve auf weitere drei Dienstjahre stattgefunden, wurden bald darauf die Chargiertenwahlen vorgenommen und so das Korps wieder neu gebildet.

Mitteilungen des Badischen Landesbühnenvereins. Die am Sonntag, 15. April, vormittags 11 1/2 Uhr stattfindende „Literarische Morgenfeier“ bringt eine Auswahl Prosa- und Versarbeiten Johann Peter Hebel in Wort und Ton und im Rahmen eines Leses aufeinanderfolgenden festlichen Vortrags an, der an einem sonntäglichen Samstagsabend beginnt und mit Beginn des Sonntagmorgens endet.

Veranstaltungen. Promenadenkonzert am dem Schloßpark. Der Musikverein Karlsruhe veranstaltet am Freitag, den 19. April, ab 8 Uhr im Schloßpark ein öffentliches Promenadenkonzert unter Leitung seines Dirigenten Herrn Otto Leonhard Jun.

Kath. Frauenbund. Das seit 1. Januar geltende Reichsjugendwohlfahrtsgesetz sieht zur Mittelfürsorge der Jugendlichen wie bei der Jugendfürsorge nach freiwilliger Hilfe der Eltern. Die Mitarbeit kann jedoch nur bei richtigem Verständnis für die Forderungen der Jugendgesetzgebung und bei genauer Kenntnis der Materie geleistet werden.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

Table with exchange rates for various cities: Brüssel 1 Fr. 1220.—, Amsterdam 1 Gld. 8270.—, London 1 Pfd. St. 98300.—, Paris 1 Fr. 1415.—, Zürich 1 Fr. 3845.—, Italien 1 Lire 1050.—, Newyork 1 Dollar 21150.—

Von den Börsenplätzen. Mannheimer Effektenbörse.

K. Mannheim, 13. April. (Drahtber.) Die Tendenz der heutigen Börse war wieder ziemlich fest. Es folgten Abschlüsse in Anilin zu 33 250, Benz 19 750, Gebr. Fahr 12 500, Waggon Fuchs 17 250, Braun-Cons. 8200 rat, Mannheimer Gummi 22 000, Badenia 12 000, Neckarsulmer Fahrzeuge 16 500, Zuckerf. Frankenthal 16 900 und Waghäusel 17 000.

Frankfurter Börse.

w. Frankfurt a. M., 13. April. Bei unveränderten Devisenkursen — Dollar 21 200, blieb die Grundtendenz am Wochenschluss zwar fest, das Geschäft im allgemeinen aber ruhig.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich am Effektenmarkt auf Bankaktien, von denen Berliner Handelsgesellschaft lebhaft umgesetzt wurden. Als bevorzugt seien noch erwähnt Kommerz- und Privatbank und Darmstädter Bank. Oesterreichischer Credit, Wiener Bankverein schwächten sich ab.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with financial data: Deutsche Staatspapiere, Fremde Werte, Banken, Industrien. Includes values for 5% 1/2 Btrk. Staatsanw., 5% 1/2 Btrk., etc.

Auf dem freien Aktienmarkt zeigten sich die Preise vornehmlich auf der Basis des Vortages. Benz 19 250, Entreprie 110 000—112 000, Metz-Söhne 12 500, Api 21 250, Inag 17 250, Ufa 12 000, Emelka 7300, Growag 1750—1725, Laustauto, 12 225.

Berliner Börse.

w. Berlin, 13. April. Eine bemerkenswerte Erscheinung bildete auch heute wieder die Nachfrage nach Oberschlesischen Werten, von denen Laurahütte, Oberschlesischer Eisenbahnbedarf und Oberschlesische Eisenindustrie, sowie Hohenlohe-Aktien bemerkenswerte Gewinne erzielten.

Nachbörse.

b. Berlin, 13. April. (Drahtber.) Nachbörslich war die Tendenz sehr feste. Nach eisernen Werten herrschte sehr lebhaft Nachfrage. So standen am Montagmarkt neben Laura, die zu 58 000 gefragt wurden, vor allem Rombacher im Vordergrund, die bei stürmischem Geschäft bis auf 36 000 anzogen.

Variable-Kurse.

Aufträge werden um 6000 M. nominal oder dem Vielfachen davon gehandelt. Berlin, 13. April. (Drahtber.) 5 Proz. Reichsanleihe 89 1/2, 4 Proz. 1175, 3 1/2 Proz. 598, 3 Proz. 4390, 4 Proz. Consols 193, 3 1/2 Proz. 175, 3 Proz. 268, 5 Proz. Mex. 293 500, Hapag 47 000, Nordd. Lloyd 28 000, Darmst. Bank 17—18 000, Deutsche Bank 30 000, 29 500, Mitteld. Credit 9200, A.E.G. 28, 28 250, 28 500, Anglo-Guano 98 000, Bad, Anilin 39 500, Berl.-Karlsr. Ind. 105 000, Bergmann 51 000, 54 000, Boch. Guß 75 500, 75 000, Gebr. Böhler

Unnotierte Werte.

Table with financial data: Adler Kali, Bad. Lokomotivwerke, Baldur, Becker Kohle, etc.

Devisennotierungen.

Table with exchange rates: w. Frankfurt, 13. April. Geld, Brief, etc.

w. Berlin, 13. April.

Table with exchange rates: Amsterdam, Brüssel, Christiania, Kopenhagen, etc.

Devisenkurse im Freiverkehr

Table with exchange rates: Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe. a) vorbörslich, b) nachbörslich.

100 Mark in Zürich: 260 1/2 Cts. 100 franz. Frks. in Zürich: 36,80 Frks. Engl. Pfund in Paris: 69 1/4 Frks.

